

Pflegeversicherung in der Krise: Beitragserhöhung und wachsende Sorgen!

Die Bundesregierung erhöht ab Januar 2025 den Beitragssatz zur Pflegeversicherung. Grund sind steigende Kosten und wachsende Defizite.

Österreich - Die Pflegeversicherung in Deutschland steht vor einer dramatischen Wende! Ab Januar 2025 wird der Beitragssatz um 0,2 Prozentpunkte auf 3,6 % steigen, um den ansteigenden Kosten und der wachsenden Zahl an Pflegebedürftigen zu begegnen, wie [exxpress.at](https://www.express.at) berichtet. Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) äußerte, dass eine Insolvenz der Pflegeversicherung zwar nicht unmittelbar drohe, die Situation jedoch dringend Maßnahmen erfordere. Im Jahr 2024 wird ein Defizit von ca. 1,8 Milliarden Euro erwartet, welches sich im Folgejahr auf bis zu 3,5 Milliarden Euro erhöhen könnte. Mit der Beitragserhöhung sollen jährlich rund 3,7 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Anders als die anderen Versicherten bleiben Rentner zunächst von der Anpassung verschont, um ihre finanzielle Belastung nicht zu erhöhen.

Finanzielle Verbesserungen und Leistungsanpassungen

Die Bundesregierung plant zudem eine Anhebung der Pflegeleistungen um 4,5 % - sowohl für Pflegegeld als auch für Sachleistungen. Dies ist ein Schritt, um die Unterstützung für Pflegebedürftige an die steigenden Lebenshaltungskosten anzupassen. Zu den Kritikern dieser Maßnahmen gehören

Experten und Mitglieder der Opposition, die anmerken, dass die Beitragserhöhung nur eine kurzfristige Lösung für die strukturellen Probleme der Pflegeversicherung darstellt. Sie fordern tiefgreifendere Reformen, um das System zukunftssicher zu gestalten.

Die Herausforderung bleibt nicht nur in Deutschland bestehen. Auch in Österreich ist ein Anstieg der pflegebedürftigen Personen zu beobachten. Derzeit beziehen \square 460.000 Personen Pflegegeld, und Prognosen deuten darauf hin, dass diese Zahl bis 2030 auf etwa 800.000 ansteigen könnte. Die öffentlichen Ausgaben für Pflegedienstleistungen könnten laut dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) bis 2050 um mehr als 300 % steigen. Österreich könnte ebenfalls vor einer notwendigen Beitragserhöhung stehen, um den zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden, wie das Bundesgesundheitsministerium berichtet.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ursache	steigende Kosten, wachsende Zahl Pflegebedürftiger
Ort	Österreich
Schaden in €	1800000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• exxpress.at• www.bundesgesundheitsministerium.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at